

TTIP – Die Privatisierung der Demokratie

Von Nina Schlichting

TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) ist das Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Seit Juli 2013 laufen die Verhandlungen, in denen die EU von der Europäischen Kommission vertreten wird, und noch mindestens bis 2015 sollen sie andauern. Laut den BefürworterInnen von TTIP – darunter zahlreiche EU-Regierungschefs und EU-Kommission, würde TTIP die Wirtschaft auf beiden Seiten des Atlantiks beleben. Das Wachstum würde angekurbelt, Löhne erhöht und die Arbeitslosigkeit gesenkt werden. Glaubt man diesen Prognosen, so hört sich TTIP fast wie ein Wundermittel an: Mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze, mehr Gehalt – und alles ohne Nebenwirkungen. Stimmt das? Viele Waren, Dienstleistungen und Kapital werden zwischen den USA und der EU bereits heute zoll- und somit barrierefrei gehandelt. Daher geht es in TTIP vor allem um „nichttarifäre Handelshemmnisse“, wie beispielsweise die Gleichstellung inländischer und ausländischer Anbieter bei der Vergabe öffentlicher Dienstleistungen. Weiters sollen Lebensmittelgesetze und Gesundheitsstandards angepasst werden, da die Regulierungen in den USA und der EU sich stark unterscheiden. Auch die Anpassung der Umweltstandards ist Teil von TTIP. Außerdem sollen Standards für Industrie, Handel, Gewerbe und Finanzdienstleistungen harmonisiert werden und auch das Urheberrecht ist Teil der Verhandlungen.

Die angeblichen positiven Effekte sind kaum erreichbar oder nur in einem verschwindend kleinen Ausmaß. Die Verhandlungen zu einem Abkommen, das alle betrifft, werden im Geheimen, aber im Beisein und unter der Beeinflussung von Lobby-VertreterInnen geführt. Weder die Öffentlichkeit, noch das Europäische oder die nationalen Parlamente werden einbezogen. Damit sind die Verhandlungen intransparent und ohne demokratische Kontrolle.

Die Harmonisierung von Standards ist bedenklich. So könnten Gesundheits-, Umwelt- und Sozialstandards wie zum Beispiel ArbeitnehmerInnenrechte im Sinne der Lobby-VertreterInnen gesenkt und aufgeweicht werden. Konkret würde das für die EU bedeuten, dass Fracking möglich wird, dass genmanipuliertes Futter und Lebensmittel sowie Hormonfleisch und Chlorhühnchen ungekennzeichnet in unseren Supermärkten verkauft werden könnten.

Am meisten Aufsehen erregt aber das geplante „Investor-State-Dispute-Settlement“ (ISDS). Dadurch können Unternehmen Staaten auf Schadenersatz in Millionenhöhe verklagen, sollten diese ein Gesetz zum Beispiel zum Verbraucher- oder Umweltschutz verabschieden, welches dem Unternehmen Profit kosten würde. Ein Schiedsgericht entscheidet dann in Geheimsitzungen ohne Transparenz, Unabhängigkeit und Kontrollmechanismen über das Urteil. Beispiele hierfür sind der Konzern Vattenfall, der zurzeit Deutschland wegen des Atomausstiegs verklagt oder Philipp Morris, das Australien wegen eines Gesetzes zur Gestaltung von Zigarettenschachteln zum Verbraucherschutz verklagt.

Letztendlich wäre TTIP für die Vertragspartner bindend, dauerhaft und praktisch nicht mehr veränderbar. Das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU ist damit undemokratisch, unvereinbar mit demokratischen Prinzipien und untergräbt die Macht der Teilnehmerstaaten zugunsten von Konzernen und deren Interessen. TTIP ist kein Wunder, sondern Wahnsinn.

Jetzt mitmachen und gegen TTIP engagieren:
Alle Infos unter: <https://www.ttip-stoppen.at/>